

Dreckige Stadt: Fraktionen fordern Strafen

ANTRAG Nicht auf Tagesordnung – Stadt soll fegen – Ältestenrat soll Behandlung des Themas beschleunigen.

WBA M.OA. 11

WNK-UWG-Fraktionschef Henning Rehse ärgert sich, dass ein Antrag nicht auf der Tagesordnung stand. Bürgerforum, FDP und WNK UWG hatten fristgerecht beantragt, dass sich der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr (StuV) am 6. Dezember mit dem Thema „Sauberkeit“ beschäftigen sollte. Das sei „sowohl erstaunlich wie bedauerlich“, meint Rehse, zumal das Thema zügig bearbeitet werden solle und die für den 24. Januar geplante StuV-Sitzung abgesagt wurde.

Darum regt er an, dass die im Antrag vorgeschlagene Bildung eines Arbeitskreises bereits im Ältestenrat am 20. Ja-

nuar thematisiert wird. Die Fraktionen beantragen, dass die Stadt die Reinigung bestimmter Gehwege in der Innenstadt wie zum Beispiel vor Schulen übernimmt. Die Kosten würden aus dem allgemeinen Haushalt getragen.

Der bisherige gebührenpflichtige Kehr Dienst entlang der Straßen soll mit Ausnahme der genannten Bereiche eingestellt werden, da der größte Teil der Straßenränder wegen der „Möblierung“ der Straßen oder des gestiegenen Parkaufkommens ohnehin nicht mehr gekehrt würden.

Der verbleibende Kehr Dienst würde aus dem allgemeinen Haushalt finanziert.

Der Kehr Dienst in den übrigen Straßen soll auf die Anwohner übertragen werden.

Die Stadt soll weitere Abfallbehälter (auch für Zigarettenkippen) überall dort aufstellen, wo sich Menschen längere Zeit aufhalten, z.B. an Bushaltestellen oder weiterführenden Schulen.

Sanktionen verhängen gegen Vergehen

Das Ordnungsamt soll, wenn notwendig, mit der Polizei „Sanktionen verhängen gegen jedwede Art von Vergehen gegen die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

auf den Straßen und in den Anlagen der Stadt Wermelskirchen“.

Die Stadtverwaltung soll mit der Agentur für Arbeit Möglichkeiten erarbeiten, wie die Sauberkeit durch die Einführung neuer Arbeitsmodelle verbessert werden könne. Der Mangel an Sauberkeit der Straßen, Gehwege und Grünflächen in Wermelskirchen lasse sich nicht vereinbaren mit den Kosten, die für die Stadtentwicklung und Straßenerneuerung in den vergangenen Jahren aufgewendet worden sind.

Die Anlieger der Innenstadt kümmern sich nur vereinzelt um die Säuberung der

Gehwege. „Die wenigen Grünanlagen der Stadt wie auch Verkehrsinseln, Rinnsteige und die Ränder der Gehwege sind in einem un gepflegten Zustand.“ Ein zeitlich befristeter Arbeitskreis soll fürs Frühjahr mit WiW und VVV eine Kampagne organisieren, die das Bewusstsein für Sauberkeit stärkt und mit Aktionen Zeichen setzt.

Der Arbeitskreis sollte freie Hand haben, welche Mittel genutzt werden, und sein Augenmerk darauf richten, alle Menschen dafür zu sensibilisieren, „dass unsere Stadt nur lebens- und liebenswert sein kann, wenn sie sauber und ansprechend gehalten wird“. s.n.

Sauberkeit in der Stadt auf lange Bank geschoben

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Wenigstens drei Monate Zeitverzug – das werfen Büfo, FDP und WNKUWG jetzt der Stadtverwaltung bei einem für viele Bürger oft heiß diskutierten Thema vor: Der Sauberkeit der Stadt. Namens dieser drei Fraktionen fordert Henning Rehse sowohl den Fachausschuss-Vorsitzenden Friedel Burghoff wie auch den Technischen Beigeordneten Dr. André Prusa auf, die Bildung eines Arbeitskreises im Ältestenrat am 20. Januar zu thematisieren, um „zu schnellen Beratungen und Entscheidungen“ zu kommen.

Am 8. November vorigen Jahres haben die drei Fraktionen aus dem „Regenbogen“-Bündnis den Antrag gestellt, die Sauberkeit der Stadt zu verbessern. Ihre Vorschläge: Die Stadt reinigt bestimmte Bürgersteige im Innenstadtbereich wie auch im Bereich von infrastrukturellen Einrichtungen. Die Kosten werden aus dem Haushalt getragen. Der gebührenpflichtige Kehrdienst wird, mit Ausnahme der Kreis-, Landes- und Bundesstraßen, eingestellt. Der Kehrdienst aller übrigen Straßen wird auf die Anwohner übertragen.

Ebenso wird gefordert, dass das Ordnungsamt Sanktionen verhängt gegen jedwede Art von Verschmutzungen.

Das Thema sei den Antragstellern sehr wichtig gewesen. Deshalb bedauere man, dass es nicht auf die Tagesordnung der Sitzung vom 6. Dezember gestellt wurde, obwohl frist- und formgerecht der Antrag gestellt worden sei, so Rehse. Zu-



Die **VVV-Aktion** im Frühjahr reicht allein nicht mehr aus. BM-ARCHIVFOTO: DÖRNER

dem sei jetzt die Sitzung für den 24. Januar abgesagt worden. Deshalb fordert er den Technischen Beigeordneten auf, über einen Arbeitskreis im Ältestenrat zu entscheiden.

Denn ein zeitlich befristeter Arbeitskreis soll nach Vorstellung dieser drei Fraktionen gemeinsam mit WiW und VVV im Frühjahr eine Kampagne organisieren, „die das Bewusstsein für Sauberkeit stärkt und in organisierten Aktionen Zeichen“ setze. Dem Arbeitskreis sollte freie Hand gegeben werden, welche Mittel genutzt werden sollen – ob nun Hinweisaufkleber auf Abfallbehältern oder eine Bürgeraktion wie „eine Stunde für Wermelskirchen“. „Der Arbeitskreis sollte besonders Augenmerk darauf richten, die Bürger zu sensibilisieren, dass unsere Stadt nur dann lebens- und lebenswert sein kann, wenn sie sauber und ansprechend gehalten wird“, so Rehse.

KOMMENTAR

KOMMENTAR

Sauberkeit wirklich ernst nehmen

Wenn über die Sauberkeit in der Innenstadt diskutiert wird, gehen die Meinungen schnell auseinander. Aus der Stadtverwaltung heißt es neuerdings, dafür sei kein Geld mehr vorhanden und geklagt werde auf hohem Niveau. Viele Bürger indes, die schließlich mit ihrem schwer verdienten Geld auch den Umbau finanzierten, sind verärgert über solch teilweise laxen Haltung.

Nun kommt ein Vorschlag, eine Kampagne zu starten, die ein (politischer) Arbeitskreis organisieren soll. Es soll dabei nicht nur der Dreck anderer Leute aufgesammelt werden, sondern mit gezielten Aktionen der Bürger tiefgehend sensibilisiert werden.

Nun aber „hängt“ dieser Antrag in den Mühlen der Bürokratie. Der Antrag wird jetzt erst im Februar eingebracht werden können – und wird vielleicht im März beraten. Schade! Damit vergeben die Politiker eine Chance, schnell zu handeln. Deshalb sollten die Fraktionsvorsitzenden im Ältestenrat die Gelegenheit beim Schopfe packen und den Arbeitskreis einrichten. Nur so lässt sich bis zum Frühjahr noch eine Kampagne entwickeln. Und die ist wirklich notwendig, um auch in Zeiten knapper Kassen weiter von einem lebenswerten Wermelskirchen sprechen zu können.

UDO TEIFEL

WOCHENPOST · DIENSTAG · 11. JANUAR 2011

IN KÜRZE

WNK UWG mit »an Bord«

Wermelskirchen. »Gerne besteigt die WNK UWG gemeinsam mit Bürgermeister Weik, Dezernent Prusa und Amtsleiter Lesske das »Piratenschiff«, um Unternehmen neu nach Wermelskirchen zu holen«, so Henning Rehse (Fraktionsvorsitzender der WNK UWG). »Gute Gewerbesteureinnahmen und wenig Arbeitslosigkeit sind die Eckpunkte für eine gesunde Stadt und ihre Bürger wie auch den Spielraum der Politik, die Entwicklung der Stadt positiv zu gestalten«, so der Fraktionsvorsitzender weiter.

Die WNK UWG kritisiert aber in diesem Zusammenhang die Absage der Januarsitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung (StUV) aufgrund nicht genügender Beratungspunkte.

Die vom Bürgermeister richtigerweise als notwendig beschriebene schnelle und unbürokratische Entwicklung von Gewerbeflächen erfordern eine schnelle Beratung und Beschlussfassung der bisweilen komplizierten und auch langwierigen Verfahren in Ausschuss und Rat.

»Jeder Monat Zeitverlust bedeutet hier ein Handicap«, stellt Rehse fest. Umsiedlungswillige Betriebe warten nicht, bis Verfahren abgeschlossen sind. Sie ziehen dorthin, wo sie schnell starten können. Insofern müssten die Flächen zu Beginn des »Beutezuges zumindest in den Grundzügen planerisch entwickelt sein, um den Interessenten neben der niedrigen Gewerbesteuer auch hinsichtlich der Zeitschiene eine interessante Perspektive zu bieten.

Die WNK UWG regt in diesem Zusammenhang an, dass zuständiger Dezernent und Ausschussvorsitzender einen Rahmen- und Zeitplan für die Arbeit des StUV entwickeln, der dringende Projekte befördert und die Absage von Sitzungen unnötig macht.

„Piratenschiff“ hat Schlagseite

Nachbarkommunen lassen Weiks Ankündigung der „Piraterie“ kalt – Politiker wollen jetzt zügig neue Flächen ausweisen. Erster Antrag liegt vor. Das „**Autobahnnohr**“ wird von WNKUWG und CDU favorisiert.

VON UDO TEIFEL, JOACHIM RÜTTGEN
UND BRIGITTE NEUSCHÄFER

BM 15.01.11

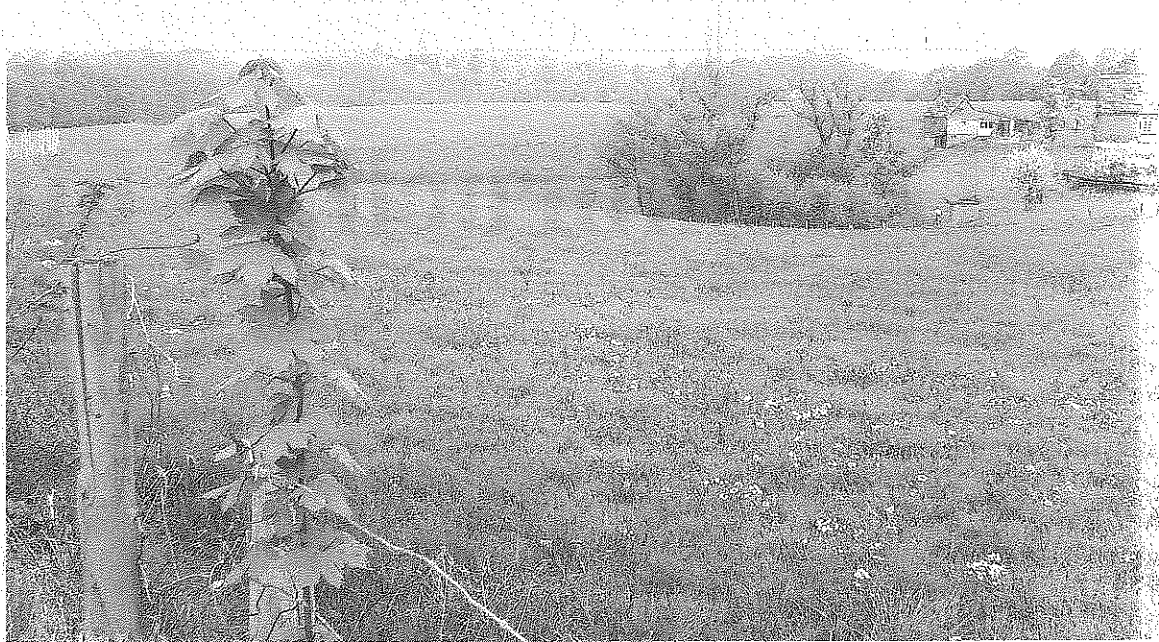
WERMELSKIRCHEN Die Ankündigung von Bürgermeister Eric Weik, eine Großoffensive in Sachen Wirtschaftsförderung zu starten und als „Stadt-Piraten“ Firmen aus dem Umland anzuwerben, lässt die Nachbarkommunen kalt. Radevormwalds Bürgermeister Dr. Josef Korsten meinte, die „Rhetorik verpufft schnell. Unternehmen entscheiden sehr rational und wirtschaftlich. Da mache ich mir für meine Stadt keine Sorgen.“

Vom Grundsatz sei es völlig in Ordnung, dass Kommunen in Konkurrenz bei der Ansiedlung von neuem Gewerbe stehen. Die Zielsetzung sei gleich, bestimmte Methoden wolle er nicht kommentieren. „Ich sehe Weiks Pläne auch deshalb gelassen, weil die Firmen Fakten haben wollen und keine Versprechen.“

Hückeswagens Wirtschaftsförderer Dietmar Persian kommentierte Weiks Ankündigungen nicht. „Wir setzen in Hückeswagen auf unsere Stärken.“ Stark aufgestellt sei die Stadt mit dem neusten Gewerbegebiet „West 2“ in Winterhagen-Scheideweg. Hückeswagen wolle bei Firmen auf der Suche nach einem neuen Standort mit „maßgeschneiderten Angeboten“ punkten. Persian: „Wir können Interessierten jedes Grundstück in jeder Größe anbieten – und das fertig erschlossen.“

„Jetzt haben die Piraten Schlagseite“, kommentierte süffisant der Bündnispartner Henning Rehse (WNKUWG). Dabei kritisierte er die Absage der Januarsitzung des Fachausschusses aufgrund nicht genügender Beratungspunkte. „Die vom Bürgermeister richtigerweise als notwendig beschriebene schnelle und unbürokratische Entwicklung von Gewerbeflächen erfordern eine schnelle Beratung und Beschlussfassung der bisweilen komplizierten Themen.“

Jeder Monat Zeitverlust, so Rehse, bedeute hier ein Handicap. „Umsiedlungswillige Betriebe warten nicht, bis Verfahren abgeschlossen sind. Insofern müssten Flächen zu Beginn eines ‚Beutezugs‘, den die WNKUWG grundsätzlich unterstützt, zumindest in Grundzügen planerisch die Flächen entwickelt sein. Nur so könnte man Unternehmen mit einer Zeitschiene eine interessante Perspektive bieten.



Blick auf den Kirchturm in Hüniger: Das „**Autobahnnohr**“ mit 32 000 Quadratmetern nutzbarer Fläche liegt zwischen Ob- und der Landstraße 157 (Bollinghausen).

BM-ARCHIVFOTO: TEIFEL

Seine Fraktion zog jetzt die Konsequenzen und beantragte die Einleitung der Verfahren zur Ausweisung weiterer Gewerbeflächen. Und zwar fürs „Autobahnnohr“, Hüniger dem Hofe und in den Birgden/Bähringhausen.

Blauäugige Ankündigung

Es sei schon ziemlich „blauäugig“, solche Ankündigungen zu machen, wenn man keine erschlossenen Gewerbegebiete zur Hand

die Akquise zu gehen, wenn man „nichts in der Pipeline“ habe.

Im letzten Jahr sei viel herum diskutiert worden, aber es habe der Schritt gefehlt, etwas entwickeln zu wollen. Es habe der konsequente Schritt bei Stadt und Politik gefehlt, meinte er auch selbstkritisch. „Ich habe dem Bürgermeister in einem Telefonat die Unterstützung zur Entwicklung von Gewerbeflächen der CDU zugesagt.“

Die CDU favorisiere das „Autobahnnohr“ als schnellstmögliches Verfahren; Büschhausen sei seiner Ansicht nach aus Kostengründen nicht realisierbar. „Dann muss man es aber auch aufgeben.“ Auch Höferhof halte er für respektabel: „Nicht alle Gewerbebetriebe brauchen die schnelle Autobahnanbindung.“ Er forderte, dass sich Wermelskirchen im Gewerbeflächenangebot breit aufstelle: „Wir können nicht nur 1a-Lagen anbieten.“

INFO

Werbung überholt

Auf ihren **Internet-Seiten** wirbt die Stadt Wermelskirchen mit dem „**Unternehmenspark Ostringhausen**“. Gewerbeflächen in diesem Gebiet unmittelbar an der A 1 seien „für Investoren sehr attraktiv“.

Weiter heißt es: „Hier stehen in Spitzenlage ca. fünf Hektar Fläche für die Neuansiedlung (...) zur Verfügung. Tatsächlich gibt es **nur noch ein freies Grundstück** dort. Das ist derzeit reserviert.“

habe, so Volker Schmitz (CDU). „Wir sind zurzeit trocken“, meinte er mit Blick auf die nicht vorhandenen städtischen Gewerbeflächen. Es reiche nicht aus, als „Piraten“ in

rga.Heute

Neue Gewerbegebiete entwickeln

Die WNK-UWG-Stadtratsfraktion will, dass sich der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr (StuV) am 21. Februar mit der Ausweisung weiterer Gewerbeflächen beschäftigt. Dazu „soll die Verwaltung die für die Einleitung der erforderlichen Verfahren benötigten Vorlagen vorlegen“, heißt es in einem Antrag. Es sollte im ersten Schritt um die Flächen „Autobahnrohr“ und Hinter dem Hofe – zwischen Toom-Markt und In den Birgden/ Bähringhausen – gehen. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse: „Wir sind auch für andere Flächen offen, die realisierbar wären.“ Ein Werben für den Zuzug neuer Gewerbebetriebe könne nur von Erfolg gekrönt sein, wenn Interessenten die notwendigen Flächen schnell zur Verfügung gestellt werden können.“ Geht es nach der Fraktion, gebe es das Thema Entwicklung von Gewerbeflächen künftig in jeder Sitzung des StuV als Sachstandsbericht. *s.n.*

„Defizite“^{01.10.01} bei der Sauberkeit

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Einen „Frühjahrsputz“ in der Turnhalle in Dhünn fordert der Stadtverordnete Jan Paas (WNKUWG) jetzt vor der Karnevalssitzung der Dhünnschen Jecken von der Stadtverwaltung: Er hat dort „Sauberkeitsdefizite“ ausgemacht.

Nach einem „Hilfeschrei“ einer der zwölf Turn- und Sportgruppen hatte er sich auf den Weg gemacht und selbst zahlreiche „Missstände“ festgestellt, die von der Damengruppe „übereinstimmend als ekelierend“ bezeichnet wurden, heißt es in einem Brief an die Stadtverwaltung. Schimmelgeruch, Schimmel in den Ecken, geschwärzte Decke, dreckige Wände, Wasserflecken, massenhaft Spinnweben: „Die Halle macht einen

dreckigen, ungepflegten Eindruck.“ Bürgermeister Eric Weik machte gestern klar, dass man dem heute bei einem Ortstermin mit der Reinigungsfirma nachgehen werde. Er hatte zuletzt nicht einen ungepflegten Eindruck. „Der Hausmeister kontrolliert nach jedem Putzintervall. Sollte etwas nicht in Ordnung sein, wird das sofort gemeldet.“

Wobei er als Ehrensenator der Dhünnschen ebenso erklärte: „Für den Schulsport muss die Halle makellos sauber sein, nicht für eine Karnevalssitzung, wo auch schon mal ein Bier umkippt.“

Rahmen-Zeit-Plan ^{WG 1} für den Ausschuss ^{M.01.M}

Die WNK-UWG-Fraktion kritisiert die Absage der Januarsitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung (StuV), weil es nicht genügend Beratungspunkte gegeben hätte. Die vom Bürgermeister richtigerweise als notwendig beschriebene schnelle und unbürokratische Entwicklung von Gewerbeflächen erfordere eine schnelle Beratung und Beschlussfassung der langwierigen sowie bisweilen komplizierten Verfahren in Ausschuss und Rat. Jeder Monat Zeitverlust bedeute ein Handicap. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse: „Umsiedlungswillige Betriebe warten nicht, bis Verfahren abgeschlossen sind. Sie ziehen dorthin, wo sie schnell starten können.“ Insofern müssten Flächen zumindest in Grundzügen planerisch entwickelt sein, um Interessenten neben der niedrigen Gewerbesteuer auch eine interessante Zeitschiene bieten zu können. Die Fraktion regt daher dass Technischer Beigeordneter Dr. André Benedict Prusa und Ausschussvorsitzender Friedel Burghoff einen Rahmen- und Zeitplan für die Arbeit des StuV entwickeln, der dringende Projekte befördere und die Absage von Sitzungen unnötig mache.

Ekelgefühle in der Turnhalle Dhünn

Jan Paas (WNK UWG) hat in der Turnhalle Dhünn Sauberkeitsdefizite ausgemacht und bittet die Stadt, vor der Sitzung der Dhünnschen Jecken einen „Frühjahrsputz“ anzuordnen. Dem Amt für Gebäudewirtschaft teilt er mit, dass er, nachdem er einem „Hilferuf“ von einer der zwölf Turn- und Sportgruppen in der Halle gefolgt sei, tatsächlich zahlreiche Missstände vorgefunden habe, die nicht nur bei den Damen „Ekel“ hervorriefen. So habe sich besonders in den Räumlichkeiten neben der Bühne sowie in deren Ecken Schimmel eingenistet, die Decke sei geschwärzt, die Wände dreckig und fleckig, an den Decken gäbe es Wasserlöcher, überall Spinnen und Spinnweben. Insgesamt mache die Halle einen ungepflegten Eindruck, findet Paas. Sie müsse zwar nicht „strahlend weiß“ erscheinen, aber Desinfektion und Sauberkeit sollten in einer Sporthalle eine Selbstverständlichkeit sein. *red*

KOMPAKT

OH 21.01.10

Verdrechte Turnhalle: Vorwürfe nicht haltbar – „Halle tiptop sauber“

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Vorwürfe, die der Stadtverordnete Jan Paas (WNKUWG) erhob, waren hart: Schimmel und Dreck in der Turnhalle Dhünn – das sei gesundheitsgefährdend. Gestern beim Ortstermin gemeinsam mit Vertretern der Reinigungsfirma und der Stadtverwaltung bot sich ein völlig anderes Bild. Bürgermeister Eric Weik: „Die Halle ist tiptop sauber.“ Kein Schimmelgeruch, kein dreckiger oder ungepflegter Eindruck. „Wenn ein Stadtverordneter so einen Vorwurf in der Öffentlichkeit erhebt, ist das schon eine Unverschämtheit“, so gestern Weik. Er machte aber auch deutlich, dass überall da, wo Vereine etwas ablegen, die Mitarbeiter der Reinigungsfirma die Finger von lassen müssen. „Wenn da in einer Ecke Stepper stehen, dürfen sie die nicht wegräumen, um zu säubern.“ Da könnte dann schon mal Staub liegen bleiben. Weik bewertete die Sauberkeit der Halle so: „Selbst in den Ecken können sie getrost Essen ablegen. Da ist kein Dreck und kein Schimmel.“

KOMPAKT

BM 22.01.11

Dreckige Turnhalle – Paas: Bürgermeister hat Kritik bestätigt

DHÜNN (BM) Der Stadtverordnete Jan Paas (WNKUWG) beschwert sich jetzt in einer Stellungnahme, dass er nicht zum Ortstermin in der Mehrzweckhalle Dhünn von der Stadtverwaltung eingeladen worden sei. Er hatte Sauberkeitsdefizite in der Turnhalle angeprangert, die Bürgermeister Eric Weik nach dem internen Verwaltungstermin zurückgewiesen hatte. Paas: „Meine Kritik bezog sich besonders auf die Räume neben der Bühne sowie die Bühne.“ Das hatte er so ausdrücklich aber nicht der Verwaltung mitgeteilt sondern letztlich allgemein von einem dreckigen Eindruck gesprochen. „Die von mir entdeckten Verunreinigungen sind vom Bürgermeister quasi bestätigt worden“, so Paas gestern. Wenn die Reinigungsfirma große Teile nicht reinigen dürfe, müsse es zwangsläufig dreckig sein. Gestern, so will er beobachtet haben, reinigte das Unternehmen mit „scharfen“ Reinigungsmitteln, um Verunreinigungen und Gerüche zu beseitigen. Bürgermeister Eric Weik ergänzte seine Erklärung vom Vortag gestern dahin, dass er die Nutzer der Halle bitte, ihre Geräte so beiseite zu räumen, dass die Bereiche gereinigt werden könnten.

Kein Schimmel in der Mehrzweckhalle

WGA
27.01.11

Die Mehrzweckhalle Dhünn samt Umkleiden, Sanitärbereich und Bühne befindet sich in einem sauberen Zustand, entgegnet die Stadtverwaltung auf die Beschwerde von Jan Paas (WNKUWG), dass die Benutzung „Ekelgefühle“ hervorruft (WGA; 20. Januar).

Das Amt für Gebäudewirtschaft hält fest: „Auf der Bühne oder in den angrenzenden Räumlichkeiten war weder Schimmelgeruch noch Schimmelbildung festzustellen. Bei der geschwärzten Decke handelt es sich um durch den Lüftungsauslass verursachten Staub, der ebenfalls schnell beseitigt wird.“ Eine Gesundheitsgefahr hätte es zu keiner Zeit gegeben.

Dass es staubige Ecken gäbe, sei nicht die Schuld der Reinigungsfirma oder der Stadt. Bei den sei es nicht erlaubt, von den Nutzern abgestelltes Eigentum zu entfernen. „Hier bedarf es der Initiative der Nutzer, diese Bereiche für die Reinigung frei zu räumen.“ Insgesamt sieht die Stadtverwaltung keine Probleme. „Der Karneval kann also in einer guten Räumlichkeit stattfinden – wie auch alle anderen Nutzungen der Mehrzweckhalle.“

Grundsätzlich sei die Verwaltung jedoch für Hinweise auf Beanstandungen in städtischen Gebäuden immer dankbar: ☎ 710 658 (Alsdorf-Biehler) oder Email „m.alsdorf@wermelskirchen.de“. red

Rehse will „Winterhilfe“

BM 24.01.11

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Der zweite harte Winter in Folge hat die WNKUWG veranlasst, eine Resolution an die Bundeskanzlerin zu verfassen. Angela Merkel wird aufgefordert, im „Fonds Deutsche Einheit“ einen Unterfonds „Winterhilfe – intakte Straßen für alle Kommunen“ einzuführen und mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten.

Fraktionsvorsitzender Henning Rehse: „Die entstandenen Schäden

fordern die Kommunen bis an die Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit. Kommunen im HSK oder Nothaushalt können ihrer Verpflichtung zur Straßenunterhaltung nicht mehr nachkommen.“ Er warnte in dem Schreiben an die Bundeskanzlerin, dass die Infrastruktur zusammenbrechen und dies die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunen bis zur Handlungs- und Funktionsunfähigkeit beeinflussen könnte. **FRAGE DES TAGES**

WNK UWG fordert Fonds „Winterhilfe“

WGA
17.01.11

Mit einer Resolution an Bundeskanzlerin Angela Merkel setzt sich die WNK UWG für die Schaffung eines Fonds „Winterhilfe – intakte Straßen für alle Kommunen“ ein. Dieser solle Teil des Fonds „Deutsche Einheit“ sein und mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Die WNK UWG begründet ihr Begehren mit dem Hinweis auf den zweiten strengen Winter in

Folge und den daraus resultierenden Straßenschäden. Diese forderten die Kommunen bis an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit.

Kommunen, die sich bereits im Haushaltssicherheitskonzept oder Nothaushalt befänden, würden ihrer Verpflichtung zur Straßenerhaltung deshalb nicht nachkommen können, fürchtet die WNK UWG. red

Rat wird ^{NRW} 29.01 Beteiligung zustimmen

BEW Gasvertrieb.

Der Rat wird am Montag beschließen, dass die Stadt Wermelskirchen als Anteilseignerin an der Bergischen Energie- und Wasser-GmbH (BEW) keine Bedenken dagegen hat, dass sich diese an einer Gasvertriebsgesellschaft beteiligt. Im April 2010 war das Thema strittig gewesen, weil die Gemeindeordnung das nicht hergegeben hatte. Weshalb Bürgermeister Eric Weik den Beschluss beanstandete.

Der Rat wies diese Beanstandung im Mai mehrheitlich zurück, weshalb Weik tags darauf den Fall an die Kommunalaufsicht weiterleitete – den Rheinisch-Bergischen Kreis. Dessen Entscheidung steht bis heute aus mutmaßlich in derselben Einschätzung, die die Ratsmehrheit auch ermutigt hatte, die BEW-Beteiligung dennoch mehrheitlich gutzuheißen:

Es war in Düsseldorf damals klar, dass der Landtag die Gemeindeordnung zur Wiederbelebung des Gemeindefinanzrechts ändern würde. Dass die Gesetzesänderung nötig war, bestätigt Weik und die Stadtverwaltung gleichzeitig in ihrer Beanstandung.

Jeder Euro mehr hilft dem angespannten Haushalt

Die WNK-UWG-Fraktion legt Wert darauf, dass sie „am 7. Januar 2011 – unmittelbar nach Vorlage des Protokolls der Sitzung des Landtags NRW, in der die maßgebliche Stelle der Gemeindeordnung geändert wurde – unter Beifügung dieses Protokolls beantragt hat, den Punkt vorsorglich erneut auf die Tagesordnung des Rates zu setzen“.

Fraktionschef Henning Rehse: „Insofern hätte der Beschlussvorschlag der Verwaltung auch lauten können, dem Antrag der WNK UWG zu folgen.“ Im Vordergrund stehe aber „die Freude über die jetzt mögliche erweiterte Beteiligung der BEW an »Saubere Gas«“. Jeder Euro mehr, der der Stadt durch die Beteiligungen zu gute komme, helfe dem angespannten Haushalt.